Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2894
25. 05. 79

Fragen

für die Fragestunden
der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 30. Mai 1979
am Freitag, dem 1. Juni 1979

---

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei P. Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn 2, Postfach 200821
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel.· (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

1. Abgeordneter **Dr. Reimers** (CDU/CSU)

Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um die unterschiedlichen Energiekosten und steuerlichen Rahmenbedingungn zwischen dem holländischen und deutschen Unterglasgartenbau mit dem Ziel auszugleichen, einen fairen Wettbewerb sicherzustellen und die Existenz der deutschen Gärtner zu sichern?

2. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Ist damit zu rechnen, daß die Bundesregierung zur Einführung des Berufsgrundbildungsjahres in die landwirtschaftliche Ausbildung eine Rechtsverordnung erläßt, und wenn ja, wie wird sie aussehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

3. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit aufgekommene und durch ein Meinungsforschungsinstitut gestützten Befürchtungen, daß das Lehrstellenangebot in diesem Jahr nicht die erforderliche Steigerungsrate aufweist, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

4. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Nebenerwerbsmöglichkeit in der Landwirtschaft in Form der Aktion „Urlaub auf dem Bauernhof“ von den Bestimmungen des Bundesbaugesetzes im sogenannten Außenbereich her fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen, und wenn ja, welche Regelung schlägt die Bundesregierung bei der Novellierung des Bundesbaugesetzes für diesen Tatbestand vor?

5. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Liegen der Bundesregierung Zahlen darüber vor, wie sich die Bevölkerungsbewegung Stadt – Land in den letzten Jahren verändert hat, und welche Schlußfolgerungen sind gegebenenfalls im Interesse einer ausgeglichenen Siedlungsstruktur aus diesen Zahlen zu ziehen?

6. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung einen Anlaß, eine Initiative zur Novellierung der derzeit bestehenden Mietrechtsgesetze, insbesondere der Bestimmungen des Zweiten Wohnraumkündigungsschutzgesetzes, zu ergreifen, wie sie laut Saarbrücker Zeitung vom 15. Mai 1979, vom Landeswirtschaftsminister Klumpp angeregt worden sein soll?

7. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung es in diesem Zusammenhang auch für notwendig, die Mieten den gestiegenen Kosten anzupassen, und wenn ja, wird sie eine entsprechende Initiative ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

8. Abgeordneter **Grunenberg** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, angesichts der Versorgungsunsicherheiten auf dem Treibstoffsektor die Versuche, durch Methanolbeimischung zu Vergaserkraftstoffen zu größerer Exportunabhängigkeit zu gelangen, beschleunigt abzuschließen und zu einer praktischen Nutzanwendung schnellstens zu gelangen?

9. Abgeordneter **Grunenberg** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie groß die Benzineinsparungen bei verschiedenen Beimischungsverhältnissen von Methanol an Vergaserkraftstoffen sein werden, und welche wirtschaftlichen Maßnahmen bei welchen Kosten für den Fahrzeughalter damit verbunden sind?

10. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, welche Mengen an Benzin durch Methanolbeimischungen in Höhe von 6 v. H., 15 v. H. und mehr als 15 v. H. eingespart werden könnten?

11. Abgeordneter **Breidbach** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Ruhrkohle AG, daß Benzin aus heimischer Steinkohle im gegenwärtigen Zeitpunkt zu Mehrkosten von ca. 0,40 DM je Liter erzeugt werden kann, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

12. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

In welchem Umfang und in welchen Bereichen sind durch das BMFT seit 1974 Forschungsprojekte gefördert worden, die sich um die Verminderung der Abgasemission und/oder der Verminderung des Kraftstoffsverbrauchs von Kraftfahrzeugen befassen?

13. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung auf Grund der veröffentlichten Studie „Strategien einer verstärkten Förderung von Entwicklungsarbeiten im Handwerk" zu ziehen, insbesondere im Hinblick auf ein Sonderprogramm zur Innovationsförderung im Handwerk?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

14. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Hält die Bundesregierung es für die Kontrolle von Produktionsverfahren, bei denen Giftstoffe verwandt werden, im Interesse des Schutzes der Bevölkerung für notwendig, Risiko- und Störfallanalysen für hochtoxische Substanzen sowie Ausbreitungsberechnungen unter Beachtung der verschiedenen meteorologischen Bedingungen erstellen zu lassen?

15. Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß in der Bundesrepublik Deutschland ein Fernüberwachungssystem für Kernkraftwerke eingerichtet wird, und ist gegebenenfalls beabsichtigt, zum Schutze der Bürger der Bundesrepublik auch das geplante französische Kernkraftwerk Cattenom in dieses Überwachungssystem einzubeziehen?

16. Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)

Ist bei Einbeziehung des Kernkraftwerkes Cattenom in das deutsche Fernüberwachungssystem sichergestellt, daß den dafür zuständigen deutschen Stellen alle erforderlichen Daten über Planung und laufenden Betrieb dieses französischen Kernkraftwerkes zur Verfügung gestellt werden?

17. Abgeordneter **Berger (Herne)** (CDU/CSU)

Ist angesichts der in ihrer Bedeutung zunehmenden Aufgaben des Steuerfahndungsdienstes im Rahmen der Bekämpfung der Steuer- und Wirtschaftskriminalität die Bewertung der Steuerfahndungsprüfer nach der sogenannten Funktionsgruppenverordnung problematisch geworden, und kann diese Verordnung nur durch die Bundesregierung und mangels eines Intensivrechts nicht über den Bundesrat verbessert werden?

18. Abgeordneter **Berger (Herne)** (CDU/CSU)

Wenn ja, wann gedenkt die Bundesregierung die erforderliche Verbesserung herbeizuführen, die dringend geworden ist, weil es wegen der Aussichtslosigkeit, befördert zu werden, jetzt schon schwierig ist, geeignete Nachwuchskräfte zu gewinnen und qualifizierte Beamte den Steuerfahndungsdienst sogar wieder verlassen?

19. Abgeordneter **Tillmann** (CDU/CSU)

Ist es der Bundesregierung bekannt, daß bei Charterflügen ins Ausland sehr häufig keinerlei Paßkontrollen vorgenommen werden, z. B. bei Flügen nach Mombasa/Kenia bzw. auch bei Flügen von Mombasa nach Frankfurt/Main?

20. Abgeordneter **Tillmann** (CDUCSU)

Entspricht es nach Meinung der Bundesregierung den Sicherheitserfordernissen, wenn bei solchen Flügen auf jegliche Paßkontrolle verzichtet wird?

21. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, wieviele der in der Bundesrepublik lebenden Cinti (Zigeuner) die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzen, und wie lauten gegebenenfalls die entsprechenden Zahlen?

22. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung dem Parlament einen Entwurf für ein Melderechtsrahmengesetz, wie es der Bundesbeauftragte für den Datenschutz bereits im November vorigen Jahres gefordert hat, vorlegen?

23. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus dem Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für den Datenschutz, den dieser am 10. Januar 1979 dem Bundestag zugeleitet hat, ziehen, um den Mißbrauch gesammelter persönlicher Daten bzw. mißbräuchliches Sammeln von Daten zu verhindern?

24. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung eine Übersicht darüber, in welchem Umfang (nach Menge und Produktart) sich der Einsatz chemischer Mittel bei der Gewässerunterhaltung entwickelt?

25. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Schließt die Bundesregierung aus der Tatsache, daß der stellvertretende DKP-Vorsitzende Hermann Gautier in einer am 16. März 1979 in Hannover gehaltenen Rede keine Zweifel daran gelassen hat, daß die DKP die Aktion von Bürgerinitiativen gegen die geplante Errichtung einer atomaren Entsorgungs- und Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben solidarisch unterstützen werde, daß zwischen gewissen Bürgerinitiativen und kommunistischen Organisationen Aktionsabstimmungen und finanzielle Verbindungen bestehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

26. Abgeordneter **Francke (Hamburg)** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung die Schwierigkeiten bekannt, die bei der Anpassung des Erbbauzinses an die wirtschaftliche Entwicklung dadurch entstehen, daß es hierfür keinen allgemein gültigen und verbindlichen Index gibt, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

27. Abgeordneter **Francke (Hamburg)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung den an sie gerichteten Forderungen, jährlich Daten der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung im Sinne der Erbbaurechtsverordnung zu veröffentlichen, nachkommen?

28. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Wieviel Anmeldungen sind bisher auf Grund des neuen Gesetzes über die Dienstleistungsmarke beim Deutschen Patentamt eingegangen, und wie hoch wird die Zahl weiterer Anmeldungen geschätzt?

29. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Reichen die dem Deutschen Patentamt für die Erfüllung der neuen Aufgabe der Eintragung der Dienstleistungsmarke bewilligten Dienstkräfte auf Grund der eingegangenen und noch zu erwartenden Anmeldungen aus?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

30. Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (FDP)

In wieviel Fällen bei welcher Gesamtzahl von in der amtlichen Sammlung des Bundesfinanzhofs (BFH) veröffentlichten Urteilen hat die Finanzverwaltung seit 1975 BFH-Urteile über den entschiedenen Einzelfall hinaus nicht angewendet?

31. Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (FDP)

Welche Gründe sind für die Nichtanwendung von BFH-Urteilen maßgebend?

32. Abgeordneter **von der Heydt Freiherr von Massenbach** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, aus ihrem Grunderwerbsteuerbericht vom 8. Februar 1979 (Drucksache 8/2555) nunmehr konkrete Folgerungen zu ziehen und dem Parlament einen Gesetzentwurf zur Neugestaltung der Grunderwerbsteuer vorzulegen?

33. Abgeordneter **von der Heydt Freiherr von Massenbach** (CDU/CSU)

Welchem der in ihrem Grunderwerbsteuerbericht dargestellten Reformmodelle gibt die Bundesregierung den Vorzug?

34. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, das gegenwärtig geltende Kraftfahrzeugsteuersystem so umzugestalten, daß es im Interesse des Umweltschutzes Anreize zur Verminderung der Lärm- und Schadstoffentwicklung der Fahrzeuge bietet?

35. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Warum hat die Bundesregierung bis heute keine Initiative zur steuerlichen Begünstigung der Gewinnung von Benzin und Dieselkraftstoff aus heimischen Rohstoffen, z. B. Braun- oder Steinkohle, ergriffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

36. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Wie erklärt die Bundesregierung die außergewöhnlichen Preissteigerungen von Heizöl und die im Verhältnis dazu geringeren Preissteigerungen für Vergaserkraftstoff in der jüngsten Vergangenheit, und was hat sie bisher unternommen, um der Verdrängung der Freien Tankstellen Einhalt zu gebieten?

37. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Tatbestand, daß die OPEC-Länder ihre Rohölproduktion dem Vorjahr gegenüber heraufgesetzt haben, die Raffineriekapazitäten in der Bundesrepublik nicht ausgelastet sind und dennoch die Mineralölkonzerne die Lieferung von Heizöl bereits repartiieren, und was unternimmt die Bundesregierung, um die Versorgung mit Heizöl für die Zukunft sicherzustellen?

38. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Ist es zutreffend, daß im ersten Quartal 1979 die Erdölkonzerne Preiserhöhungen von rund 20 Prozent vorgenommen haben, obwohl die Kosten im Vergleich zum letzten Quartal 1978 lediglich um ca. fünf Prozent gestiegen sind, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus diesem Preisverhalten?

39. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Umstand, daß einerseits die Mineralölkonzerne die konzernabhängigen Tankstellen mit dem Hinweis auf Versorgungsschwierigkeiten auffordern, innerhalb von Stunden die Preise zu erhöhen, während andererseits den freien Tankstellen mehrjährige Versorgungsgarantien in Aussicht gestellt werden, wenn sie sich einem Konzern anschließen?

40. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Ist die Preispolitik der Mineralölkonzerne in der Bundesrepublik angesichts der Tatsache, daß bei einen Anstieg der Rohölkosten um 5 v. H. pro Tonne im ersten Quartal 1979 die Erlöse pro Tonne gegenüber dem letzten Quartal 1978 um 20 v. H. stiegen, mit den Zielen der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung vereinbar, und wenn nein, was gedenkt sie gegen diese Entwicklung zu unternehmen?

41. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Hält die Bundesregierung die aktuellen Preissteigerungen beim Heizöl für einkommensschwache Haushalte noch für sozial verkraftbar, und wie wird sie gegebenenfalls dieser einschneidenden Schmälerung der Kaufkraft einkommensschwacher Haushalte entgegenwirken?

42. Abgeordneter **Sick** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um zu verhindern, daß die von der angespannten Versorgungslage auf dem Mineralölmarkt insbesondere betroffenen Freien Tankstellen des mittelständischen Bereichs nicht durch Ausfall von Lieferungen in ihrer Existenz bedroht werden?

43. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Worin sieht die Bundesregierung die Ursache dafür, daß die Dieseleinkaufspreise für die Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs gegenüber dem Durchschnitt des Jahrs 1978 um 24 v. H. gestiegen sind, während der Tankstellenpreis für Markendieselkraftstoff im Vergleichszeitraum nur um 6 v. H. stieg?

44. Abgeordneter **Breidbach** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß im Falle einer wirtschaftlich vertretbaren Verflüssigung und Vergasung von Kohle das Potential der deutschen Kohle ausreicht, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung in der Beschaffung von Steinkohle für den Fall, daß dieses Potential nicht ausreichend ist?

45. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Verfügt die Bundesregierung über Kenntnisse darüber, in welchem Umfang gesamtwirtschaftliche Energieeinsparungen durch einen verringerten Kraftstoffverbrauch bei Kraftfahrzeugen in kurz-, mittel- und langfristiger Sicht möglich sind, und welche Instrumente setzt die Bundesregierung bei der Erreichung des Ziels eines geringeren Kraftstoffverbrauchs ein?

46. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung ihre Prognose über die Verbraucherpreisentwicklung in diesem Jahr von drei auf 3,5 Prozent korrigiert hat, und in welcher Höhe stehen in dieser Prognose die Nahrungsmittelpreise zu Buche?

47. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß vom Vosper-Büro Singapur in enger Zusammenarbeit mit den Hydrodynamik- und Strukturspezialisten der Universitäten Berlin und Aachen eine 62-Meter-Schnellkorvette zum freien Verkauf auf dem Waffenweltmarkt entwickelt worden ist, und wie beurteilt die Bundesregierung eine solche Zusammenarbeit zwischen deutschen Universitäten und ausländischen Waffenproduzenten?

48. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Welche konkreten Ergebnisse hat die Berlin-Gesprächsrunde führender deutscher Wirtschaftsmanager mit der Bundesregierung gebracht?

49. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung einen Widerspruch darin, einerseits Investitionen in Berlin anzuregen, und andererseits einen zunehmenden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in der Stadt zu verzeichnen, und wie hat sie diesen Widerspruch gegebenenfalls erläutert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

50. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Hält die Bundesregierung den Ausschluß des Schmerzensgeldanspruchs des Arbeitnehmers durch § 636 RVO noch für sachlich berechtigt, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus?

51. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Ist eine Änderung dieser Vorschrift nicht jedenfalls dann geboten, wenn sich der Arbeitsunfall während der Teilnahme des Arbeitnehmers am Straßenverkehr ereignet hat?

52. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Untersuchungsergebnisse darüber vor, wie viele in der chemischen Industrie Beschäftigte durch die Arbeit mit hochtoxischen Substanzen erkrankt oder verstorben sind, und in welcher Weise hält sie eine Verbesserung des Arbeitsschutzes für die Betroffenen für möglich?

53. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Sind im Zuständigkeitsbereich des Bundes rechtliche Vorkehrungen getroffen, um zu verhindern, daß sich – wie kürzlich ein 11-Monate alter Junge in Markt-Schwaben – Kleinkinder zwischen den Gitterstäben ihres Laufstalles strangulieren können, und wenn nein, wird die Bundesregierung darauf hinwirken, daß entsprechende Schutzvorschriften erlassen werden und Laufställe mit einem Gitterabstand von mehr als 7,5 cm wegen ihrer Gefährlichkeit nicht mehr hergestellt und angeboten werden dürfen?

54. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch die Mitgliedschaft z. B. der ausländischen Arbeitnehmer – und ihrer Kinder – in den Sportvereinen ein wesentlicher Beitrag zur Einbeziehung in das gesellschaftliche Leben der Bundesrepublik Deutschland geleistet werden kann, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung gegebenenfalls, entsprechende Bemühungen der Vereine und Verbände – etwa im Rahmen der von der Bundesregierung finanziell unterstützten Betreuung ausländischer Arbeitnehmer – auch finanziell zu fördern?

55. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß für Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen der Arbeitsämter die Gewerkschaften – wie z. B. DGB, DAG usw. – als Organisatoren mitwirken und finanzielle und technische Hilfe leisten, und welche Meinung vertritt gegebenenfalls die Bundesregierung dazu?

56. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß eine große Anzahl der Teilnehmer von Fortbildungs- und Umschulungskursen der Arbeitsverwaltungen die Prüfungen in ihren Fächern bei den Industrie- und Handelskammern nicht bestehen, und kann man gegebenenfalls davon ausgehen, daß die von den Arbeitsämtern angebotenen Kurse den Prüfungsmaßstäben und -ordnungen der Industrie- und Handelskammern nicht gerecht werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

57. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Soll das „zivile Verwaltungszentrum" für das Frühwarn- und Kontrollsystem Awacs in der niederländischen Stadt Brunssum errichtet werden, und wann wurde diese Entscheidung gegebenenfalls getroffen und ist sie endgültig?

58. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Welchen Umfang (der Zahl der zivil- und militärischen Beschäftigten nach) wird das „zivile Verwaltungszentrum" für Awacs haben, und welche Aufgaben werden innerhalb dieser Institution wahrgenommen werden?

59. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Hat der Erlaß über höhere Pauschalen für das Wohnen in der Gemeinschaftsunterkunft bei den davon betroffenen Soldaten eine große Verärgerung hervorgerufen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

60. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, daß die laut § 18 des Soldatengesetzes zum Wohnen in einer Gemeinschaftsunterkunft Verpflichteten von einer Bezahlung befreit werden, da diese Soldaten gegenüber den nicht Kasernenpflichtigen benachteiligt sind?

61. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß es im Bundesministerium der Verteidigung eine Liste gegeben hat, in der weitere als die 11 der Öffentlichkeit bekannten MAD-Abhörfälle verzeichnet sind, und was vermag die Bundesregierung gegebenenfalls über den Verbleib dieser Liste zu sagen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

62. Abgeordneter **Dr. Reimers** (CDU/CSU)

Erwägt die Bundesregierung im Hinblick auf die bereits jetzt erheblich gestiegenen, im kommenden Winter jedoch noch steiler ansteigenden Heizungskosten, verursacht durch hohe Heizölpreise, die Zahlung eines einmaligen Zuschusses oder anderer Heizungsbeihilfen für sozial Schwache, ähnlich wie im Winter 1973/74?

63. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung in Übereinstimmung mit zahlreichen Medizinern und Physiologen, die diese Meinung im Contergan-Prozeß bekundet haben sollen, Tierexperimente für absolut nutzlos, und bei welchen im Tierversuch getesteten Arzneimitteln ist es nach dem Wissensstand der Bundesregierung zu Arzneimittelschäden bei Patienten gekommen, obwohl nach dem Tierversuch dem Medikament die Unbedenklichkeit bescheinigt wurde?

64. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß im Rahmen von Tierversuchen eine große Anzahl von Tieren ohne Betäubung grausam gequält – z. B. geblendet, verbrüht, gelähmt, zerstückelt, vergiftet, eingefroren und wieder aufgetaut, in Raten ertränkt und erstickt – wird, und ist der Bundesregierung bekannt, in wie vielen Fällen 1978 die zuständigen Behörden einen Verstoß gegen § 9 des Tierschutzgesetzes feststellten, der geahndet werden mußte?

65. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor über einen möglichen Zusammenhang zwischen regionaler Abtreibungshäufigkeit und Geburtenrückgang?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

66. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Geht die Bundesregierung davon aus, daß auf Grund steigender Benzinpreise demnächst die Nahverkehrsmittel stärker in Anspruch genommen werden, und, hält sie es in diesem Zusammenhang für angebracht, daß der Verwaltungsrat der Deutschen Bundesbahn auf seiner nächsten Sitzung über weitere Streckenstillegungen Beschluß fassen will?

67. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Betrachtet es die Bundesregierung mit ihren Bekundungen, die Lebensverhältnisse und die Wirtschaftskraft in Ostbayern verbessern zu wollen, als vereinbar, wenn im Fahrplanheft „Städteverbindungen – Sommer 1979“ der Deutschen Bundesbahn der Bahnhof Regensburg nicht mehr als Ziel- und Abgangsbahnhof gegenüber den Bahnhöfen anderer

größerer Städte erscheint, sondern nur noch im Anhang geführt wird, obwohl in allen bisherigen Städteverbindungs-Fahrplänen der Bundesbahn der Bahnhof Regensburg als Bahnhof der Metropole Ostbayerns immer als Ziel- und Abgangsbahnhof aufgeführt war?

68. Abgeordneter **Hanz** (CDU/CSU)

Sind die Zählungen, die zur Zeit im Bereich der Bundesbahndirektion Frankfurt/Main mit einem Kostenaufwand von angeblich ca. 200 000 DM durchgeführt werden, um festzustellen, wie sich der Fahrpreis auf Straße und Schiene aufteilt, notwendig?

69. Abgeordneter **Hanz** (CDU/CSU)

Ist dieser Aufwand durch ein zu erwartendes Ergebnis gerechtfertigt?

70. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Aufnahmefähigkeit der Nordsee für das Verklappen von Industrie-, Klär- und Baggerschlämmen über dem Festlandsockel, und welche Möglichkeiten sieht sie für eine entsprechende Zusammenarbeit mit den Niederlanden?

71. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, bei der Deutschen Bundesbahn darauf hinzuwirken, in TEE- und IC-Zügen öffentliche Münzfernsprecher entsprechend dem Beispiel der österreichischen Bundesbahn einzurichten?

72. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Sieht die Bundesregierung darin eine Möglichkeit, nicht nur einer kundenfreundlichen Serviceverbesserung, sondern auch einen Weg, billiger, einfacher und häufiger aus Zügen telefonieren zu können?

73. Abgeordneter **Sick** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung angesichts der sich jetzt laufend ergebenden Preiserhöhungen für Mineralölprodukte die Gefahr zunehmender Verluste für Transportgewerbe (Omnibusse, Taxis, Gütertransporte usw.), und wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang den langwierigen Instanzenweg bei notwendigen Tarifänderungen?

74. Abgeordneter **Dreyer** (CDU/CSU)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung auf der Basis der heutigen Struktur des Kraftfahrzeugbestandes die Möglichkeit der Treibstoffeinsparung durch energiesparendes Fahrverhalten der Kraftfahrer im innerstädtischen Verkehr einerseits und auf Schnellstraßen und Autobahnen andererseits?

75. Abgeordneter **Dreyer** (CDU/CSU)

Wo und in welchem Umfang sieht die Bundesregierung Möglichkeiten der Energieeinsparung im Güterkraftverkehr?

76. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)

Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung eingeleitet, um sicherzustellen, daß junge Berliner auch auf den Transitstrecken die Vergünstigungen der Juniorenfahrkarten der Deutschen Bundesbahn erhalten?

77. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)

Ist sichergestellt, daß für die im Juli beginnende Ferienreisezeit Alternativregelungen angeboten werden, falls die Bundesregierung mit den Behörden der DDR zu keiner positiven Regelung kommt?

78. Abgeordneter **Dr.-Ing. Laermann** (FDP)

Welche Gründe sind nach Meinung der Bundesregierung dafür maßgebend, daß nach presserechtlichen und journalistischen Grundsätzen gestaltete Werkszeitschriften als „Drucksache" oder „Massendrucksache" und nicht im Postzeitungsdienst verschickt werden können?

79. Abgeordneter **Dr.-Ing. Laermann** (FDP)

Unter welchen Bedingungen könnten nach Meinung der Bundesregierung Werkszeitschriften zukünftig im Postzeitungsdienst versandt werden?

80. Abgeordneter **Dr. Sprung** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung den Verkauf von Verpackungsmaterial durch die Deutsche Bundespost über die Deutsche Postreklame GmbH (siehe Anzeige in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 17. Mai 1979) für vereinbar mit der Politik der Bundesregierung, die nach deren Meinung die mittelständische Wirtschaft fördert?

81. Abgeordneter **Dr. Sprung** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung zulassen, daß die Deutsche Bundespost auch noch in anderen Bereichen als Anbieter auf Märkten auftritt, auf denen es bereits einen ausreichenden Wettbewerb zwischen privaten, insbesondere mittelständischen Unternehmen gibt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

82. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Wieviele Kernkraftwerke unterhält, baut oder plant die DDR in einer sicherheitsrelevanten Nähe zur Zonengrenze oder zum Gebiet von Berlin (West), und hat die DDR-Regierung der Bundesregierung über ihre diesbezüglichen Planungen seit dem Inkrafttreten des Grundlagenvertrages Mitteilung gemacht?

83. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Bau von Kernkraftwerken zu den Angelegenheiten gehört, die gemäß der Erklärung beider Seiten bei Unterzeichnung des innerdeutschen Grundlagenvertrages eine Pflicht zur Konsultation der Vertragspartner begründen, und haben die Bundesregierung und die Regierung der DDR sich in Fragen der grenznahen Errichtung von Kernkraftwerken seit dem Inkrafttreten des Grundlagenvertrages gegenseitig konsultiert?

84. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wie vereinbart die Bundesregierung ihre Antwort auf meine schriftliche Frage (Drucksache 8/2802 Frage B 115), der Beschluß der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder vom 23. November 1978 zur Behandlung der deutschen Frage im Unterricht sei zwischenzeitlich in allen Bundesländern durch Erlasse, Veröffentlichung in den Amtsblättern o. ä. bekanntgemacht worden, mit der gleichzeitig im Landtag von Nordrhein-Westfalen auf eine Kleine Anfrage gegebenen Antwort der dortigen Landesregierung (Drucksache 8/4495), sie könne jetzt noch nicht einmal einen Zeitpunkt für eine solche Erlaßregelung nennen, weil der Beschluß „in der Öffentlichkeit ungewöhnlich heftig kritisiert" worden sei?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

85. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Hat der Bundeskanzler der einzigen deutschsprachigen Tageszeitung Nordamerikas, der Abendpost-Sonntagspost, Chicago, zu ihrem 90-jährigen Bestehen eine Grußbotschaft verweigert, und wenn ja, welche Gründe haben ihn dazu bewogen?

86. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Hat sich Staatssekretär Bölling vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung geweigert, das 90-jährige Bestehen der einzigen deutschsprachigen Tageszeitung Nordamerikas, der Abendpost-Sonntagspost, zum Anlaß einer Grußadresse zu nehmen, die von ihm erbeten worden ist, und wenn ja, aus welchen Gründen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

87. Abgeordneter **Urbaniak** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Falle des Todes eines türkischen Arbeitnehmers in der Bundesrepublik Deutschland die Lohn- und Spargelder nicht der hinterbliebenen Ehefrau zustehen, sondern nach einem Konsularvertrag aus dem Jahre 1929 der türkische Staat der Erbe ist, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, diesen Konsularvertrag zu ändern, damit die Hinterbliebenen wenigstens in den Besitz des in der Bundesrepublik Deutschland deponierten Geldes kommen können?

88. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Wie hoch ist die Zahl der Hochschullehrer, Dozenten, Lehrer, Forscher, Studenten, Journalisten und anderer empfohlener Personen, die bis heute im Rahmen des Kulturabkommens zwischen der Republik Südafrika und der Bundesrepublik Deutschland von 1962 in die Bundesrepublik kamen?

89. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Wie hoch war dabei der Anteil der Personen, die aus dem Gebiet Südwestafrika/Namibia kamen, das gemäß Artikel 8 des Kulturabkommens in dieses Abkommen einbezogen ist?

90. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesrepublik Deutschland einseitig am 8. August 1977 Südafrika gegenüber erklärte, daß für sie das Kulturabkommen mit sofortiger Wirkung nicht mehr für das Gebiet Südwestafrika gelte?

91. Abgeordneter **Dr. Hornhues** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten haben zur Zeit Dozenten, Lehrer, Forscher, Studenten oder Journalisten aus Südwestafrika/Namibia, im Rahmen staatlicher Austauschprogramme die Bundesrepublik Deutschland zu besuchen?

92. Abgeordneter **Werner** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Wissenschaftler und Studenten aus Südwestafrika/Namibia vom staatlichen Austauschprogramm ausgeschlossen, und wenn ja, wie vereinbart sie dies mit ihrer Erklärung anläßlich der Schließung des Generalkonsulats in Windhuk, daß auch die kulturelle Betreuung der Deutschen und deutschsprachigen Bevölkerung (in Südwestafrika/Namibia) fortgeführt werde?

93. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wieviele Personen im Gebiet von Südwestafrika/Namibia in den vergangenen zwei Jahren auf Grund von Aktivitäten der SWAPO getötet bzw. verletzt wurden, und wie sich die Zahl der Opfer auf Angehörige der Streitkräfte bzw. weiße oder nichtweiße Zivilpersonen verteilt?

94. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Praxis der Tschechoslowakei, daß „regelmäßig der erste Antrag auf Familienzusammenführung abgelehnt wird und daß in 10 Prozent der Fälle der Antrag negative Auswirkungen auf die Rechtsstellung der Antragsteller oder seiner Familienangehörigen hat"?

95. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß — wie in der Presse gemeldet wurde — der Warschauer Pakt zunehmend Luftlandetruppen außerhalb des MBFR-Reduzierungsraumes stationiert, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls aus dieser Tatsache?

96. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung — in Erfüllung des Wahrungs- und Wiedervereinigungsgebots des Grundgesetzes — im Zusammenhang mit den Glückwünschen der Verbündeten zum 30-jährigen Bestehen des Grundgesetzes mit ihnen Maßnahmen zur zweckmäßigen aktuellen Verfolgung der Rechtsverpflichtungen aller Vertragspartner aus dem Deutschlandvertrag, der endgültige Grenzregelungen vor einem frei vereinbarten Friedensvertrag verbietet und die Wiedervereinigung gebietet, erörtert und angeregt, die Kenntnisse über diese Rechtsverpflichtungen sowie die im Schlußkommuniqué der Londoner Neunmächtekonferenz verankerten gemeinsamen politischen Ziele bei der Administration, den Parlamenten und der Bevölkerung aller Vertragspartner zu vertiefen?

97. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Hat der Bundeskanzler beim Staatsbesuch in Bulgarien die Fragen der Familienzusammenführung, der Verwandtenbesuche neben den Fragen der Kriegsgräberfürsorge erörtert, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

98. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung — und gegebenenfalls wann —, für rhodesische Staatsbürger, die nicht im Besitz eines britischen Passes sind, die Möglichkeit zu eröffnen, ein Visum für den Besuch der Bundesrepublik zu erlangen, wie es beispielsweise für die Schweiz, Spanien und Griechenland möglich ist?

99. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welche Ergebnisse hatten die Interventionen unter anderem auch hoher deutscher Regierungsstellen bei der Führung der CSSR zugunsten bekannter politischer Häftlinge, insbesondere von Vertretern der Charta 77, bzw. welche Ergebnisse verspricht sich die Bundesregierung hiervon?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die Mittel, mit denen in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Nachrichtenagenturen aus Bundesmitteln unterstützt werden, für Leistungen, die sie durch Lieferung ihrer Dienste an die Regierung erbringen bzw. aus dem Titel für die Förderung des Nachrichtenwesens im Ausland?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

2. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen Söhne ausreisewilliger Deutscher aus Rumänien unter Vorwand der Einberufung zum Militärdienst zu Zwangsarbeiten verwendet werden, und welche Maßnahmen humanitärer Intervention hat sie dagegen unternommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

3. Abgeordneter **Koblitz** (SPD)

Bestehen Pläne, entlang der deutsch-belgischen Grenze die befahrbaren grenzüberschreitenden Wander- und Wirtschaftswege durch Maschendrahtzäune mit verschließbaren Toren zu verbauen, wie in der Aachener Lokalpresse berichtet wurde?

4. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob es der „Autonomen Arbeiterbewegung" des Paduaer Politikwissenschaftlers Prof. Negri gelungen ist, Stützpunkte seiner Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland zu errichten?

5. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Gibt es einen Erlaß des Bundesinnenministers, in dem die Mitarbeiter von Bundesbehörden und anderen Stellen bei Dienstreisen ins Ausland angehalten werden, die Deutsche Lufthansa zu benutzen, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung die Vereinbarkeit eines solchen Erlasses mit den gesetzlichen Vorschriften zum Schutze des Wettbewerbs?

6. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Wann wird das Bundesinnenministerium ein Besoldungsstrukturgesetz vorlegen und in den Gesetzgebungsgang geben, in dem die finanzielle Ungleichbehandlung abgebaut wird, die darin besteht, daß 30 v. H. der Beamten im Spitzenamt des mittleren Dienstes beim BGS eine Amtszulage von 225 DM erhalten, während sie den Beamten des Grenzzolldienstes und Zollfahndungsdienstes nicht gewährt wird, obwohl sie eine nahezu identische Tätigkeit ausüben?

7. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Ist beabsichtigt, in den Entwurf eines Besoldungsstrukturgesetzes auch die Gewährung der Polizeizulage an die Beamten des Zollfahndungsdienstes aufzunehmen?

8. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß zwar in allen amtlichen Hinweisen über Sirenensignale im Friedens- und Verteidigungsfall der sogenannte Katastrophenalarm beschrieben ist, die Sirenenanlagen des zentralen Warndienstes aber in den Gemeinden und Städten technisch nicht so angelegt sind, daß ein solcher Katastrophenalarm im Ernstfall auch wirklich ausgelöst werden kann?

9. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um Möglichkeiten zu schaffen, im Katastrophenfall die Einheiten des Katastrophenschutzes und auch die Bevölkerung in kürzester Zeit über die Sirenenanlagen zu alarmieren bzw. auf Katastrophen aufmerksam zu machen?

10. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung – wie die Aachener Volkszeitung vom 12. Mai 1979 meldete –, an der Grünen Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien Zäune aufzustellen?

11. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung gegebenenfalls solche Maßnahmen zuvor mit den Regierungen der Nachbarstaaten erörtert und die von der betroffenen Bevölkerung beiderseits der Grenze vertretenen Wünsche nach Erleichtung im Grenzverkehr berücksichtigt?

12. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Hält die Bundesregierung die Höhe der Jubiläumszuwendungen im öffentlichen Dienst des Bundes für noch zeitgemäß?

13. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Reichen die geltenden bundesrechtlichen Vorschriften – insbesondere die im Abfallbeseitungsgesetz enthaltenen Regelungen – aus, den Gefahren zu begegnen, die sich aus der Lagerung von Giftstoffen in stillgelegten Mülldeponien für das Grundwasser ergeben, und wenn nein, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

14. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Kann die Bundesregierung innerhalb des Rahmens ihrer Kompetenzen Regelungen treffen oder initiieren, mit denen durch Meldepflicht der Betreiber und Benutzer von Mülldeponien eine Übersicht über die Lagerung gefährlicher Giftstoffe erstellt werden kann, und wenn ja, wird die Bundesregierung eine entsprechende Initiative ergreifen?

15. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, zu klären, ob die für den bundeseigenen Grund im Mechernicher Bergschadensgelände zuständige Bundesbehörde durch die Erlaubnis der Ablagerung von Klärschlamm der Stadt Bonn und die sich daraus ergebenden Umweltbelästigungen auf Mechernich-Strempt gegen das Abfallbeseitigungsgesetz verstößt?

16. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung im Falle eines Verstoßes die weitere Aufbringung von Klärschlamm im Mechernicher Bergschadensgelände unverzüglich unterbinden, um damit die andauernden Geruchsbelästigungen und Umwelteinwirkungen in der Umgebung zu vermeiden?

17. Abgeordnete
Frau Berger (Berlin)
(CDU/CSU)

In wievielen Fällen und mit welchem Ergebnis hat die Ausgleichsverwaltung einen Antrag auf Einziehung des Vertriebenenausweises durch die Vertriebenenverwaltung gestellt, weil ihr in einem Lastenausgleichsverfahren Zweifel an der deutschen Volkszugehörigkeit des Antragstellers gekommen waren?

18. Abgeordnete
Frau Berger (Berlin)
(CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um zu erreichen, daß die Ausgleichsverwaltung bei Inhabern von Vertriebenenausweisen mit Rücksicht auf die Bindungswirkung des § 15 Abs. 5 des Bundesvertriebenengesetzes die deutsche Volkszugehörigkeit nicht erneut prüft und Anträge auf Einziehung des Vertriebenenausweises auf die Fälle beschränkt bleiben, in denen auf Grund der Erhebungen zu anderen Anspruchsvoraussetzungen des Lastenausgleichsrechts Zweifel an der deutschen Volkszugehörigkeit auftreten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

19. Abgeordneter
Dr. Wittmann (München)
(CDU/CSU)

Wann ist damit zu rechnen, daß die Ausführungsvorschriften zu § 23 Abs. 3 des Patentgesetzes erlassen werden, damit Auskünfte beim Deutschen Patentamt über den Stand der Technik nunmehr eingeholt werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

20. Abgeordneter
Peter
(SPD)

Ist die Bundesregierung in ihrer Eigenschaft als Mehrheitseigner der Saarberg AG bereit, zugunsten der Eigenfinanzierungsmöglichkeiten der Saarbergwerke auf die Ausschüttung von Gewinnanteilen vorläufig zu verzichten, und wenn ja, was sind die dafür im einzelnen maßgebenden Gründe?

21. Abgeordneter
Würtz
(SPD)

Ist der Bundesminister der Finanzen gewillt, die Aufhebung der Verwaltungsanordnung der Bundesregierung betreffend die Steuerbegünstigung von Zuwendungen an den Deutschen Aero-Club e. V. vom 12. Mai 1952 zu betreiben?

22. Abgeordneter
Würtz
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die unterschiedliche Einschätzung der Gemeinnützigkeit von dem Schachsport einerseits und der fehlenden Gemeinnützigkeit des Modellflugsports andererseits, die vom Bundesfinanzministerium Anfang 1979 vorgenommen wurde?

23. Abgeordneter
Röhner
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Errichtung eines Panzerübungsplatzes im Hauptmoorwald bei Bamberg zu einer unzumutbaren Lärmbelästigung der Anwohner und zur Zerstörung eines wichtigen Naherholungsgebietes für Bamberg führen würde, und welche Schritte hat die Bundesregierung bisher unternommen und welche gedenkt sie zu unternehmen, um die amerikanischen Stellen von entsprechenden Plänen abzubringen?

24. Abgeordneter **Krockert** (SPD)

Wie hoch veranschlagt die Bundesregierung die beheizte Nutzfläche des Gebäudebestandes des Bundes?

25. Abgeordneter **Krockert** **(SPD)**

Wie hoch schätzt die Bundesregierung das Heizenergie-Einsparungspotential auf Grund der heutigen technischen Möglichkeiten ein?

26. Abgeordneter **Krockert** (SPD)

Lassen sich für solche Maßnahmen Investitions- und Betriebskosten angeben?

27. Abgeordneter **Krockert** (SPD)

Welche Maßnahmen zur rationellen Energieverwendung hat die Bundesregierung in der Vergangenheit durchgeführt, und was beabsichtigt sie zukünftig, insbesondere zur Einsparung von Energie im Gebäudebestand des Bundes?

28. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche steuerlichen Belastungen mit welchen Einnahmen im Haushaltsjahr 1978 bestehen z. Z. bei Mineralölprodukten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

29. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)

Welche Höhe hat die Wärmepreisdifferenz nach dem Dritten Verstromungsgesetz jeweils in den Monaten Februar, März, April und Mai erreicht (s. Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Anfrage des Abg. Dr. Warnke vom 7. Februar 1979)?

30. Abgeordneter **Lampersbach** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung darüber Zahlen nennen, wieviele Internehmen – aufgeteilt nach Branchen: Einzelhandel, Großhandel, Handwerk und Industrie – in den letzten zehn Jahren aus dem Markt ausgeschieden sind?

31. Abgeordneter **Lampersbach** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung darüber Material vorliegen, welche Gründe für das Ausscheiden der Unternehmen ausschlaggebend waren?

32. Abgeordneter **Kretkowski** (SPD)

Ist auch die Bundesregierung der Ansicht, daß die jetzt angekündigten Preiserhöhungen für Benzin ungerechtfertigt sind und, daß die Parole vom notwendigen Energiesparen über höhere Preise im Grunde bis jetzt nichts anderes darstellt als die Privatisierung von Gewinnen und die Sozialisierung von Verlusten, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

33. Abgeordneter **Kretkowski** (SPD)

Hat sich die Bundesregierung mit dem holländischen Modell des Preiskontrollsystems für Ölprodukte und Handelsspannen schon einmal beschäftigt, und wäre dies nicht auch für die Bundesrepublik Deutschland ein gangbarer Weg?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

34. Abgeordnete **Frau Dr. Riede (Oeffingen)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob an die Sowjetunion größere Mengen EG-Hähnchen geliefert wurden und zwar zu Preisen, die erheblich niedriger liegen als die auf dem einheimischen Markt?

35. Abgeordnete **Frau Dr. Riede (Oeffingen)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob durch diese Geflügelexporte an die Sowjetunion der einheimische Handel Schwierigkeiten hat, günstige Ware für Sonderangebots-Aktionen zu bekommen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

36. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnis hat die Bundesregierung in bezug auf Rodungen und Anbauflächenstopp im Hopfenbau, und wie hoch waren die Aufwendungen im Gebiet der Bundesrepublik für Rodungen insgesamt?

37. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung es für richtig, diesen Anbauflächenstopp über das Jahr 1979 hinaus nicht zu verlängern, und wenn ja, welchen Sinn haben dann die Rodungen gehabt?

38. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Stellt der Bund dem Land Bayern – wie bayerischerseits wiederholt erklärt wurde – zu geringe Agrarstrukturmittel zur Verfügung, und wie haben sich die Zuweisungen aus Bonn in den letzten Jahren im Vergleich zu dem Zeitraum 1965 bis 1969 entwickelt?

39. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Welche Strukturmittel aus dem Agraretat sind 1979 für Bayern vorgesehen, und wie verteilen sich diese Mittel auf die einzelnen Maßnahmenblöcke?

40. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung sich dafür einsetzen, daß die handwerklichen Betriebe auch die Möglichkeit erhalten, verbilligte EG-Butter zu beziehen, so daß nicht nur gemäß EG-Verordnung Nr. 232/75 Industriebetrieben mit einem Mindestverbrauch von fünf Tonnen Butter im Monat der immense Preisvorteil der EG-Butter zugute kommt, der gegenüber der Butter, die auf üblichem Wege gekauft werden muß, in der Regel zwischen 300 und 400 Prozent liegt?

41. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung nicht auch der Auffassung, daß durch diese Maßnahme die handwerklichen Klein- und Mittelbetriebe, die auf Grund ihrer geringeren Produktionskapazität die Auflage der VO 232/75 nicht in der Form erfüllen können, gegenüber den Großbetrieben diskriminiert werden und daß die VO 232/75 als Basis konkurrenzverzerrender und wettbewerbsverfälschender Auswirkungen zwischen Großbetrieben einerseits und handwerklichen Klein- und Mittelbetrieben andererseits angesehen werden muß?

42. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den Antrag der Union Internationale de la patisserie, confiserie, glacerie – Verwendung von Butter mit beigemischtem Vanilleschotenmark – zu unterstützen, falls die EG-Behörden keine Mittel und Wege finden, um die handwerklichen Klein- und Mittelbetriebe in den Genuß reiner verbilligter Butter gelangen zu lassen, und wäre die Bundesregierung bereit, im Falle von Nichterfüllung vorstehender Forderung, die ersatzlose Streichung der EG-Verordnung 232/75 zu fordern, um die Chancengleichheit zwischen Großbetrieben einerseits und handwerklichen Klein- und Mittelbetrieben andererseits am Markt wieder herzustellen?

43. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß – wie die Zeitschrift „Das Landvolk" vom 16. März 1979 meldet – sich die Bundesregierung an der Finanzierung von Hagelabwehrversuchen in den oberbayerischen Landkreisen Miesbach und Rosenheim mittels von Flugzeugen versprühten Silberjodidstaubs zu beteiligen beabsichtigt, und falls ja, wird sich die Bundesregierung auch an Hagelabwehrprojekten in anderen Regionen beteiligen?

44. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Bereitet der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eine Rechtsverordnung nach § 4 Abs. 2 des Tierschutzgesetzes vor, oder hält er eine solche Rechtsverordnung nicht für erforderlich?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

45. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Ist der Bundeskanzler, der sich zur 35-Stunden-Woche wiederholt – zuletzt öffentlich am 1. Mai 1979 – geäußert hat, für oder gegen die 35-Stunden-Woche?

46. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Maße Schwefelgase, die bei der Roheisenproduktion entstehen, bei den im unmittelbaren Produktionsbereich beschäftigten Arbeitnehmern zu Belastungen führen, beispielsweise erhebliche gesundheitliche Folgen hervorrufen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung gegebenenfalls für den Abbau dieser gesundheitlichen Gefährdung?

47. Abgeordneter **Neumann (Bramsche)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Ergebnisse der „Untersuchung zur arbeitsmedizinischen, ergonomischen und gestalterischen Optimierung des Kassenarbeitsplatzes" insbesondere also der Umpackkassen, durch rechtsverbindliche Umsetzung etwa durch Erarbeitung einer entsprechenden Arbeitsstättenrichtlinie bundeseinheitlich zu regeln?

48. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den Leistungskatalog so zu ändern, daß die Krankenkassen die Kosten erstatten, die für körperlich behinderte Kinder zusätzlich anfallen, z. B. für Windeln, Fahrkosten für beide Elternteile zum Arzt usw.?

49. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Welche Vorstellungen im einzelnen hat die Bundesregierung über die halbjährlichen berufsorientierten Vorbereitungsmaßnahmen zur Erreichung einer Arbeitserlaubnis für ausländische Jugendliche, die im Wege der Familienzusammenführung nach dem 31. Dezember 1976 in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind?

50. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Sind hierzu bereits Ausführungsbestimmungen ergangen?

51. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Können solche Maßnahmen an Berufsschulen, Kreisvolkshochschulen oder von Berufsbildungseinrichtungen der Innungen durchgeführt werden?

52. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Welchen Stellenwert hat im Rahmen der berufsorientierten Vorbereitung der deutsche Sprachunterricht?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

53. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Wieviel Zivildienstleistende haben sich in der Zeit vom 1. Oktober 1978 bis zum 30. März 1979 je Monat im Dienst befunden?

54. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Wie hoch jeweils nach Jahren ist die Zahl der Kriegsdienstverweigerer, deren Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, die aber bereits im Jahre 1975 oder früher, 1976, 1977 und 1978, einen Antrag gestellt bzw. eine Erklärung abgegeben haben?

55. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Um wieviel ist die Zahl der Vorsitzenden der Prüfungsausschüsse und -kammern in der Zeit vom 1. April 1978 bis 1. April 1979 erhöht worden?

56. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es sich nicht mit den unterschiedlichen Besoldungs- bzw. Tarifsystemen begründen läßt, wenn Soldaten gegenüber Zivilbediensteten in der Gewährung von Sonderurlaub für Mehrarbeit durch Teilnahme an den gleichen militärischen Übungen – z. B. WINTEX – vielfach erheblich schlechter gestellt werden, und falls das zutrifft, welche Maßnahmen hat die Bundesregierung vorgesehen, um eine Gleichbehandlung sicherzustellen?

57. Abgeordneter **Scheffler** (SPD)

Hält die Bundesregierung die derzeitige militärische meteorologische Koordination zwischen den europäischen Bündnisländern für zufriedenstellend, und wie beurteilt sie die Notwendigkeit, ein europäisches meteorologisches Satellitensystem für Verteidigungszwecke zu schaffen?

58. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Trifft nach Auffassung der Bundesregierung § 42 Wehrpflichtgesetz, wonach Polizeivollzugsbeamte unter bestimmten Voraussetzungen nicht zum Grundwehrdienst herangezogen werden bzw. vom Grundwehrdienst befreit werden, auch auf Beamte der Bahnpolizei zu, die von ihrem Rechtsstatus her Vollzugsbeamte des Bundes gemäß § 6 UZWG sind, und warum hat die Bundesregierung eine entsprechende telegrafische Anfrage vom 4. Mai 1979 trotz fernmündlicher Anmahnung bis zur Stunde nicht beantwortet?

59. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Welche Einheiten der Bundeswehr werden nach dem neuesten Stand der Planungen der Bundesregierung in die frei gewordenen Kasernen in Konstanz und Radolfzell einziehen, und welche Anlagen werden hierfür in Anspruch genommen?

60. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Können genaue Termine für die Belegung der Kasernenanlagen in Konstanz und in Radolfzell genannt und genauere Angaben über die Höhe der Investitionen gemacht werden, um die in Frage kommenden Kasernenanlagen belegungsfähig zu machen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

61. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung im Hinblick auf das ihr am 23. August 1978 vorgelegte Memorandum deutscher Ärzte die von ihr schon in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage betreffend neuere Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften (Drucksache 8/2790) angesprochene „Transzendentale Meditation"?

62. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, einen Forschungsauftrag über mögliche Langzeitwirkungen von HCH-Spuren im menschlichen Körper in Auftrag zu geben, nachdem dies nicht nur von namhaften Toxikologen gefordert wurde, sondern auch deshalb geboten erscheint, weil bei einer zweiten Blutuntersuchung im Zusammenhang mit den Hexachlorcyklohexan-Vorkommen im hessischen Ried durch das staatliche chemische Untersuchungsamt in Gießen höhere HCH-Werte im Blut festgestellt wurden als bei einer ersten Untersuchung?

63. Abgeordneter **Eymer (Lübeck)** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie hoch in der Bundesrepublik Deutschland die Zahl der erfaßten Alkoholiker ist und wieviel Prozent der Jugendalkoholismus ausmacht, und wenn ja, wie lauten die entsprechenden Zahlen?

64. Abgeordneter **Eymer (Lübeck)** (CDU/CSU)

Läßt es sich nach Ansicht der Bundesregierung nicht nur formal, sondern auch sachlich rechtfertigen, daß die Alkoholentwöhnung von den Versicherungsträgern getragen wird, und wenn nein, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

65. Abgeordneter **Eymer (Lübeck)** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie hoch die Erfolgsquote einer Alkoholentwöhnung ist und wieviel die Entwöhnung eines Alkoholikers kostet, und wenn ja, wie lauten die entsprechenden Zahlen?

66. Abgeordneter **Eymer (Lübeck)** (CDU/CSU)

Ist es nach Auffassung der Bundesregierung nicht nur formal, sondern auch sachlich zu rechtfertigen, daß die Versicherungsgemeinschaft in Fällen von Suchtkrankheit zuständig ist und als einzige für die Kosten einzustehen hat, und wenn nein, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

67. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, eine Lösung herbeizuführen, wonach ein Einfamilienhaus unter das sogenannte geschützte Vermögen gemäß § 88 Bundessozialhilfegesetz fällt bzw. der Wert eines Einfamilienhauses (nach Abzug der Schulden) wesentlich über 130 000 DM liegen darf, wenn Eltern für körperlich oder geistig behinderte Kinder ein Pflegegeld beantragen?

68. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Haben sich die Modellberatungsstellen zu § 218 StGB, deren Förderung durch den Bund ausläuft, nach dem gegenwärtigen Stand der Beurteilung bewährt, so daß ihre weitere Förderung durch die Länder angebracht erscheint, und ist der Bundesregierung bekannt, ob es Länder gibt, in denen der Bundeszuschuß nach Ablauf der Modellphase von den Ländern nicht übernommen wird?

69. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Läßt sich aus den Erfahrungen mit diesen Modellen der Schluß ziehen, daß nicht nur bei jungen Mädchen, sondern auch bei älteren Frauen ein Informationsdefizit bezüglich Schwangerschaftsverhütung und Familienplanung besteht, so daß entsprechende Modelle durch den Bund verstärkt gefördert werden sollen?

70. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung anläßlich des „Internationalen Jahrs des Kindes" einen Wettbewerb auszuschreiben, in dem neue Formen der Gestaltung von Kinderspielplätzen erarbeitet werden sollen unter besonderer Berücksichtigung moderner Erziehungsmethoden und neuester Erkenntnisse von Psychologen und Pädagogen?

71. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die gegenwärtige Verbreitung der Tollwut in der Bundesrepublik Deutschland und die damit verbundenen Gefahren für Menschen, und sollten nach ihrer Meinung gegebenenfalls neue Möglichkeiten der Bekämpfung der Tollwut erwogen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

72. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Ist der Bundesregierung eine vom Deutschen Fremdenverkehrsverband angestellte Untersuchung über „Versorgungsmängel" an den Bundesautobahnen bekannt, und – wenn ja – was gedenkt sie zur Beseitigung der darin aufgeführten Mängel, das Fehlen von Rastanlagen, Tankstellen und Toilettenanlagen, insbesondere an den Grenzen zu Dänemark und den Niederlanden zu unternehmen?

73. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Anregung, künftig an den Bundesautobahnen den Typ der jeweils kommenden Rastanlage auf den Ankündigungsschildern anzuzeigen, damit Autofahrer sich rechtzeitig darauf einstellen können?

74. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Wie ist der gegenwärtige Sachstand des Ausbaus des Bahnübergangs der Bundesstraße 83 in Hofgeismar, Landkreis Kassel, und wann kann nach den jetzigen Erkenntnissen mit einem Baubeginn gerechnet werden?

75. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Deutsche Bundesbahn kürzlich durch erhebliche Frachtsenkungen für Schnittholztransporte von Österreich in die Bundesrepublik bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der innerdeutschen Schnittholzfrachten den deutschen, insbesondere den bayerischen Säge- und Holzbearbeitungsbetrieben einen starken Wettbewerbsnachteil zugefügt hat?

76. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um diesen Wettbewerbsnachteil auszugleichen?

77. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die in der Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße vorgesehene Schulung für Fahrer von Tankwagen mit gefährlichen Gütern auch in den europäischen Gremien zu erörtern, und wird sie sich dafür einsetzen, daß eine solche Verordnung auch im ADR (Internationale Regelung über Transporte gefährlicher Güter auf der Straße) übernommen wird?

78. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Sieht die Bundesregierung durch den Umstand, daß bei Tankstellen mehr und mehr alkoholische Getränke zum Verkauf angeboten werden, ihre Bemühungen um die Senkung der Zahl der durch Alkoholeinwirkung entstehenden Verkehrsunfälle gefährdet, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

79. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Hat sich das Bundesverkehrsministerium die Genehmigung für eine Wiederaufnahme des Flugbetriebs der „Bedarfsfluggesellschaft Holstenflug" Schütze & Co KG Rendsburg/Kiel vorbehalten, und wenn ja, aus welchem Grund und wann ist mit dieser Genehmigung zu rechnen?

80. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Gibt es Aussagen der Bundesregierung, wonach eine Ausstattung der Notrufsäulen an den Autobahnen mit Warnblinkleuchten für Gefahrenfälle mit dem Hinweis abgelehnt wurde, daß der Energiebedarf nicht über das vorhandene Strecken-Fernmeldekabel übertragen werden kann, und wie erklärt sich die Bundesregierung gegebenenfalls den Widerspruch dazu, daß andererseits mir auf eine schriftliche Anfrage, in der ich die Installation von sogenannten Blindkabeln empfahl, mitgeteilt wurde, daß ein solcher Vorschlag überflüssig sei, da die Anbringung von elektrischen Anlagen durch „bereits in den Streckenfernmeldekabeln des innerbetrieblichen Fernmeldenetzes" befindliche „Reservestromkreise" möglich sei?

81. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung eine mögliche Änderung des § 34a Abs. 2 StVZO – betreffend Besetzung von Kraftomnibussen – dahingehend, daß nicht grundsätzlich je zwei nebeneinanderliegende Plätze im Rahmen des zulässigen Gesamtgewichts des Fahrzeugs mit drei Kindern bis zum vollendeten 12. Lebensjahr besetzt werden?

82. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

In welchem Planungsstadium befindet sich derzeit der Bau der B 299 Neu insbesondere im Bereich von Traunstein, und wann ist mit der Durchführung der Baumaßnahme – gegebenenfalls in Teilabschnitten – zu rechnen?

83. Abgeordneter **Volmer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Kinder von Beschäftigten der Deutschen Bundespost auf die Ehegatten-Pflichtversicherung beim FDGB der DDR verwiesen werden, wenn der andere Ehepartner bei der unter DDR-Verwaltung stehenden Deutschen Reichsbahn in Berlin (West) beschäftigt ist?

84. Abgeordneter **Volmer** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für zumutbar, daß Kinder von Beschäftigten der Deutschen Bundespost in solchen Fällen zwingend auf die Pflichtversicherung in der DDR verwiesen werden und im Falle stationärer Behandlung diese auf dem Hoheitsgebiet der DDR erfolgen muß, oder sollte nicht in diesen Fällen eine Mitversicherung bei der Postbeamten-Krankenkasse in Berlin (West) ermöglicht werden?

85. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, Werkzeitschriften in den Postzeitungsdienst aufzunehmen, und wenn nein, aus welchen Gründen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

86. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Wer ist für die seinerzeitigen Planungen des Bundeskanzleramtvorplatzes verantwortlich, und wer hat diese Planung genehmigt?

87. Abgeordneter **Müntefering** (SPD)

Hat die Bundesregierung eine Auswertung der Erfahrungen mit dem Sonderprogramm Stadtsanierung 1975 (Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen) vorgenommen, und zu welchen Ergebnissen ist sie gegebenenfalls dabei gekommen?

88. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß bei den Endabrechnungen über den Neubau des Bundeskanzleramtes Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, wie eine Illustrierte behauptet, bzw. gibt es dafür Verdachtsmomente?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

89. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Betrachtet sich das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen an das Wahrungs- und Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes zugunsten ganz Deutschlands im Sinne der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 und 7. Juli 1975 weiterhin gebunden, nachdem es lediglich „die Zusammenführung der beiden Teile der deutschen Nation unter einem gemeinsamen Dach“ anstrebt (BT-Protokoll 11100 C), und können solche Formulierungen nicht als im Gegensatz stehend zum Wortlaut und Sinn der Präambel und zu den Artikeln 23 und 146 GG, zu der in der Verfassung verankerten Schutzpflicht für die Grundrechte aller deutschen Staatsangehörigen, zu den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 und 7. Juli 1975 und den Rechtsverpflichtungen des Deutschlandvertrages, der Grenzfestlegungen vor einem frei vereinbarten Friedensvertrag verbietet, allzuleicht mißverstanden werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

90. Abgeordneter **Peter** (SPD)

Ist die Bundesregierung im Zusammenhang mit den Bemühungen, die Kohle zu verflüssigen, bereit, über die Saarbergwerke eine Initiative zum Bau einer entsprechenden Großversuchsanlage an der Saar einzuleiten?

91. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den neuen, im Institut für Wasser- und Abfallwirtschaft der Landesanstalt für Umweltschutz in Karlsruhe entwikkelten Fischtest, der die schnelle Bestimmung der Giftigkeit eines durch die Umwelt belasteten Gewässers ermöglichen soll, und dessen Entwicklung durch das Bundesministerium für Forschung und Technologie gefördert wurde?

92. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, aussichtsreiche mechanische und biologische Verfahren der Gewässerunterhaltung und -reinigung zu prüfen und zu fördern?

93. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Empfehlung der niedersächsischen Landesregierung, „auf den Bau der Wiederaufbereitungsanlage zu verzichten" mit dem besonderen Hinweis, diese Empfehlung habe keinen „vorläufigen Charakter"?

94. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Wie ist der Stand des vom Bundesministerium für Forschung und Technologie erteilten Forschungsauftrags hinsichtlich eines Zwölf-Mann-Schiffs, das vom Verband Deutscher Reeder befürwortet wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

95. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, in Baden-Baden, wo sich das Oberkommando der französischen Streitkräfte in Deutschland befindet, ein gemeinsames deutsch-französisches Gymnasium nach dem Freiburger Modell zu initiieren bzw. mitzutragen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

96. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Hat der Bundeskanzler in einer Kabinettssitzung zur Vorbereitung der Manila-Konferenz zu einem an der Sitzung teilnehmenden Abgeordneten gesagt: „Geh mir weg mit Professoren-Gutachten. Die schreiben doch alle wofür sie bezahlt werden" (vgl. „Der Spiegel" vom 7. Mai 1979)?

Bonn, den 25. Mai 1979